

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag BIRKENFELD, c/o Rainer Böß, Hauptstraße 13, 55767 Schwellen

**Tanja Krauth**

Kreisverwaltung  
Landrat Herr Dr. Schneider  
Schneewiesenstraße 25  
55765 Birkenfeld

**Fraktionsvorsitzende**  
55765 Birkenfeld  
Telefon 0174 / 32 93 982

[www.linke-kv-birkenfeld.de](http://www.linke-kv-birkenfeld.de)

Birkenfeld, den 16. 09. 2012

## **ANTRAG**

**an den Kreistag des Landkreises Birkenfeld**

**zur Bekämpfung des militärischen Fluglärms im Kreis Birkenfeld**

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

es ist der Fraktion DIE LINKE sehr wohl bewusst, dass nach den Vorgaben des Grundgesetzes die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz über Angelegenheiten der Verteidigung und des Luftverkehrs, vgl. Artikel 71 und 73 des Grundgesetzes, beim Bund liegt.

Aufgrund dieser Kompetenzaufteilung entscheidet ausschließlich die Bundesregierung und insoweit der Bundesminister der Verteidigung über Umfang und Ausmaß des militärischen Flugbetriebes in Deutschland. Damit liegt bei dieser Stelle die ausschließliche Entscheidungsbefugnis, die militärische Nutzung des zeitweise reservierten Luftraums über dem Kreis Birkenfeld zu bestimmen. Der Kreistag Birkenfeld hat in Fragen der Verteidigung und des Luftverkehrs nach dem Grundgesetz keine Kompetenzen und demzufolge keine gesetzlichen Befugnisse zur Beeinflussung oder gar Abschaffung militärischen Flugbetriebes über dem Kreisgebiet.

Gleichwohl sind die Mitglieder des Kreistags und die Kreisverwaltung Birkenfeld verpflichtet alles zu unternehmen, um Schaden von der Bevölkerung des Landkreises abzuwenden!

**Antrag zur Bekämpfung des militärischen Fluglärms im Kreis Birkenfeld**

Der Kreistag möge beschließen:

1a)

Die Kreisverwaltung wird beauftragt unter Beteiligung der Kreistagsfraktionen ein Gespräch mit Vertretern des Luftwaffenamtes Köln zu führen, um die Thematik der militärischen Fluglärmbelastung im Kreis Birkenfeld zu diskutieren und nach Möglichkeiten einer spürbaren Entlastung zu suchen.

1b)

Die Kreisverwaltung wird beauftragt zu diesem Gespräch / dieser Diskussionsrunde auch die Landräte Udo Recktenwald (Landkreis St. Wendel) und Daniela Schlegel-Friedrich (Landkreis Merzig-Wadern) einzuladen, bzw. mit diesen in einen Erfahrungsaustausch zu treten. Da von den Mitgliedern der Kreistage St. Wendel und Merzig-Wadern in den letzten Jahren jeweils einstimmig Resolutionen gegen Fluglärm verabschiedet wurden, ist sowohl von einem hohen Problembewusstsein als auch einer vorhandenen Sachkompetenz auszugehen, welche bei der Bewältigung der angeführten Problematik hilfreich sein kann.

Auch die Beteiligung eines Mitgliedes der „Bürgerinitiative gegen Fluglärm, Bodenschall und Umweltverschmutzung e.V., Kaiserslautern“ wäre wünschenswert, damit direkt Betroffene zu Wort kommen und ihren erworbenen Sachverstand einbringen könnten.

2)

Die Kreisverwaltung wird beauftragt in Erfahrung zu bringen ob es auch im Kreis Birkenfeld von der US Air Force und der Bundeswehr festgelegte sogenannte „Absturz zonen“ gibt und diese der Bevölkerung bekannt zu geben.

Für die Stützpunkte Spangdahlem und die US-Basis Ramstein sind Gebiete ausgewiesen, über denen Piloten im Notfall beschädigte und außer Kontrolle geratene Militärflugzeuge soweit möglich kontrolliert abstürzen lassen können. Es ist davon auszugehen, dass auch für die bei den Luft-Boden-Übungen beim Truppenübungsplatz Baumholder eingesetzten Kampfflugzeuge, sowie auch andere Kampffjets die über dem Kreis Birkenfeld üben, solche vorgegebenen „Absturz zonen“ existieren. In der Vergangenheit wurden solche „Absturz zonen“ von den US-Streitkräften eigenmächtig festgelegt, ohne dass deutsche Behörden informiert wurden. Auch die Bundeswehr hat derartige "Absturz zonen" definiert.

In diesem Zusammenhang ist auch zu klären, ob die bei einem Kampffjet-Absturz eingesetzten Rettungskräfte über die Gefährlichkeit des Treibstoffes JP-8 informiert sind und sich und die Bevölkerung ausreichend

schützen können. Der Treibstoffhersteller Chevron bezeichnet in seinem Datenblatt den Treibstoff als krebserregend und erbgutverändernd. Beim Betanken der Kampffjets muss Schutzkleidung getragen werden. Danach werden dem Flugbenzin weitere gesundheitsschädliche Additive beigemischt. Es ist streng verboten diese Gift-Mischung wieder aus den Flugzeug-Tanks abzupumpen und in die Depots rückzuführen.

3)

Der Kreistag Birkenfeld verabschiedet die folgende Resolution und übermittelt sie an das Verteidigungsministerium, das Luftwaffenamt in Köln und die Bundesregierung:

„Resolution des Kreistages Birkenfeld zum Fluglärm über dem Kreisgebiet:

Der Kreistag Birkenfeld stellt mit den Bürgerinnen und Bürgern eine unzumutbare Belästigung durch von Militärflugzeugen verursachten Fluglärm über dem Kreisgebiet fest. Die Behauptung zuständiger Stellen, dass der Luftraum über dem Kreis Birkenfeld nicht stärker belastet sei als andere vergleichbare Gebiete, ist irreführend. Natürlich wären vergleichbare Gebiete auch vergleichbar belastet, sonst wären sie nicht vergleichbar. Das Maß kann nur der Vergleich zum restlichen Bundesgebiet sowie Zumutbarkeit und Verhältnismäßigkeit sein. Kampffjetlärm in diesem Ausmaß ist fast überall in Deutschland unbekannt. Eine Verhältnismäßigkeit ist auch nicht gegeben: Übungsflüge ausländischer Streitkräfte vor Kriegseinsätzen weit außerhalb Deutschlands sind hier nicht zwingend notwendig. Obwohl die US Air Force im jährlichen Mittel mehr Lärm erzeugt als erträglich ist, sieht die Bundesluftwaffe immer noch nicht davon ab, ihren Lärm ebenfalls in die Region zu tragen, auch von weit her, z.B. von Nordrhein-Westfalen und Bayern. Eine nachhaltige Besserung, abgesehen von saisonalen Schwankungen (Kriegseinsätze der US Air Force), ist nicht festzustellen. Es herrscht vielmehr der Eindruck, dass der Fluglärm zugenommen hat.

Der zunehmende Fluglärm stellt für eine Tourismusregion wie dem Kreis Birkenfeld wie auch für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises eine starke Belastung dar. Dieser Lärm schadet nicht nur der Gesundheit der Menschen in unserem Kreis und dem Wohnwert in unserer Region, sondern er ist auch kontraproduktiv zum Bemühen der Kommunen, den Kreis und die Region touristisch weiter zu entwickeln. Der Kreistag des Kreises Birkenfeld erwartet eine deutliche Reduzierung der Flugbewegungen über dem Kreisgebiet. Deshalb fordert er alle politisch Verantwortlichen in Bund und Land auf, für eine Reduzierung des militärischen Fluglärms einzutreten.“

4)

Die Kreisverwaltung wird beauftragt mindestens während des jeweils vorher angekündigten Zeitraumes von Luft-Boden-Übungen auf dem Truppenübungsplatz in geeigneter Weise Schallpegel-Messungen bzw. Lärmimmissions-Messungen an möglichst unterschiedlichen Plätzen in den von der Lärmbelastung besonders

betroffenen Ortsgemeinden Rimsberg, Nohen, Kronweiler, Reichenbach, Frauenberg, Niederbrombach und Sonnenberg-Winnenberg, aber auch Idar-Oberstein vornehmen zu lassen. Dies kann in Zusammenarbeit mit dem oder durch das Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz erfolgen, das z.B. Fluglärmstationen in Mainz-Laubenheim, Mainz-Weisenau und Nackenheim betreibt.

Die Messergebnisse sind zeitnah der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Unabhängig von der Frage ob es eine andere Finanzierungsmöglichkeiten gibt, soll von der Kreisverwaltung die Kostenübernahme durch das Landesamt angestrebt werden. Auch bei den Verhandlungen zum von allen Kreistagsfraktionen angestrebten Nationalpark wird die Kreisverwaltung beauftragt, zu fordern, dass das Land Rheinland-Pfalz die Kosten für die Lärmimmissions-Messungen übernimmt. Die durch den Nationalpark erhoffte Zunahme an Touristen und die gegenwärtige erhebliche Fluglärmbelastung schließen sich aus.

5)

Landrat Dr. Schneider wird gebeten im Deutschen Landkreistag das Thema „militärischer Fluglärm“ anzusprechen und diesen zur Mithilfe bei einer deutlichen Verringerung des militärischen Fluglärms, sowie einer gerechteren Verteilung der Fluglärmbelastung über dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik (nicht nur zwischen wenigen statischen Übungsfluräumen) zu bewegen (so wie es der St. Wendeler Landrat Udo Recktenwald am 13.08.2012 als Gastredner der BI gegen Fluglärm Kaiserslautern bei der Demo gegen militärischen Fluglärm am Bostalsee versprochen hat).

### **Begründung:**

Um Schaden von der Bevölkerung abzuwenden und eine erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität im Kreis zu vermeiden, müssen Lösungen gefunden werden die Menschen von unzumutbarem Fluglärm zu schützen. Insbesondere die täglichen Luft-Boden-Übungen vom 02. bis 13. Juli 2012 im Bereich des Truppenübungsplatzes Baumholder, der von vielen mittlerweile als BOMBODROM eingestuft wird, haben aus Sicht vieler Betroffener die Zumutbarkeit weit überschritten. Insgesamt sind dort zur Zeit jährlich zwischen 40 und 60 Luft-Boden-Übungstage der Bundeswehr geplant. Da außerhalb dieser Übungen der Luftraum über dem Truppenübungsplatz wieder freigegeben wird, kann die tatsächliche Belastung durch militärischen und zivilen Fluglärm auch an vielen weiteren Tagen stattfinden!

Vor allem die Bürgerinnen und Bürger der Ortsgemeinden Rimsberg, Nohen, Kronweiler, Reichenbach, Frauenberg, Niederbrombach und Sonnenberg-Winnenberg sind einer großen Belastung ausgesetzt, weil sie

an den Truppenübungsplatz angrenzen und in einem festen Flugkorridor liegen, der durch bereits bestehende Windkraftanlagen nicht verändert werden kann. Dass bei der Genehmigung dieses „Wildwuchses“ von Windkraftanlagen Fehler gemacht wurden, ist für die Kreistags-Fraktion DIE LINKE offensichtlich, eine weitere Erörterung dieses Gesichtspunktes scheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber wenig zielführend.

Lärm macht krank – physisch und psychisch. Das gilt insbesondere für hohe Spitzenlärmswerte in der Nacht, aber auch für anhaltenden Lärm am Tage. Die gesundheitlichen Schäden für die Menschen sind wissenschaftlich nachweisbar.

Dazu gehören unter anderem Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Brustkrebs, psychische Störungen und Entwicklungsverzögerungen bei Kindern. Lärm belästigt im Alltag, stört die Kommunikation und ist eine Form der Umweltverschmutzung, bei der die Betroffenenzahlen am schnellsten steigen. Das Leiden der Betroffenen und die Folgekosten für die gesamte Gesellschaft sind erheblich.

Militärischer Fluglärm ist aus vielen Gründen deutlich belastender als ziviler Fluglärm: Kampfjets sind extrem laut. Es gibt keine Grenzwerte für die Lautstärke der Triebwerke, nur die Leistung zählt. Die von Politikern und Behörden immer wieder angeführten Mindestflughöhen bieten keinen Schutz. Wie einem Artikel in der Nahe-Zeitung vom 24.08.2012 zu entnehmen ist, bezweifeln Fluglärm-betroffene, dass Mindestflughöhen außerhalb des Truppenübungsplatzes eingehalten werden. Das Luftwaffenamt in Köln bestätigte, dass es zumindest innerhalb der Grenzen von Truppenübungsplätzen keine Mindestflughöhenbeschränkungen geben würde. Aber auch Mindestflughöhen sind kein Ersatz für Lärmgrenzwerte. Selbst in mehreren Tausend Metern Höhe erzeugen Kampfjets je nach Betriebsweise unerträglichen Lärm.

Die besondere Belastung durch militärischen Fluglärm wurde auch im Bundestag zum Ausdruck gebracht:

„Schallimmissionen von tieffliegenden militärischen Strahlflugzeugen unterscheiden sich deutlich von Immissionen, welche von zivilen Verkehrsflugzeugen verursacht werden. Sie weisen hohe Spitzenpegel, hohe Anstiegssteilheiten, gehörcritische Frequenzzusammensetzungen, häufigere Pegelnachschwankungen, gelegentlich dichte Rotten- bzw. Formationsflüge auf. Stets unvorhersehbar aus relativer Ruhe auftauchend, sind sie in ihrer Wirkung auf den Organismus mit anderen Umweltschallen nur sehr bedingt vergleichbar. (Interdisziplinärer Arbeitskreis 2004). Generell ist fraglich, ob die Beschreibung der akustischen Belastung durch Energie-äquivalente Dauerschallpegel der Art des militärischen Fluglärms angemessen ist.“

( Quelle: Rainer Guski, Fakultät für Psychologie der Ruhr-Universität Bochum, am 23.4.2006 im DEUTSCHEN BUNDESTAG, Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 16. WP Ausschussdrucksache 16(16)22 )

DIE LINKE fordert deshalb:

- effektiven Lärmschutz und Grenzwerte für Übungslufträume.
- Verbot von taktischen Übungsflügen über Wohngebieten unterhalb von 3000 Metern
- rechtliche Anspruch für Anwohner auf aktiven und passiven Lärmschutz
- keine Unterscheidung mehr zwischen militärischem und zivilem Fluglärm bei der Erfassung des Lärms
- Verlagerung aller verlagerbaren Übungsflüge in unbewohnte Gebiete bzw. übers Meer. Eine angebliche Nichtverlagerbarkeit muss für jeden Übungsflug schlüssig nachgewiesen werden. In der Region willkürlich platzierte Radaranlagen (POLYGONE) oder gar bequemes Üben vor der Haustür (US Air Base Spangdahlem, Fliegerhorst Büchel), sind keine ausreichenden Gründe und halten einer Betrachtung von Schaden zu Nutzen nicht stand. Ein immer wieder angeführtes generelles Übungsbedürfnis ist keinesfalls ein Grund für Übungsflüge über der dicht besiedelten Region.

Diese und weitergehende Forderungen der Kreistags-Fraktion und des Kreisverbandes DIE LINKE zu einer Umnutzung des Truppenübungsplatzes Baumholder sind nicht Bestandteil unseres Antrages, da der Kreistag dazu nicht entscheidungsbefugt ist. Auf allen Gebieten, auf denen Kreistag und Kreisverwaltung aber aktiv werden können, muss dies im Interesse der vom Fluglärm betroffenen Bürgerinnen und Bürger schnellstmöglich geschehen. Auch im Hinblick auf den angestrebten Nationalpark ist Eile geboten. Auf der „Fachtagung Nationalpark Rheinland-Pfalz“ in Hettenrodt wiesen mehrere Referenten darauf hin, dass Nationalparkbesucher im Wald auch Ruhe suchen würden. Der Leiter der Nationalparkverwaltung Eifel EUROPARC machte deutlich, dass der Park keine Mogelpackung sein dürfe. Nationalparktouristen seien kritische Gäste. Und diese kritische Klientel wäre sehr gut vernetzt!

Natürlich fordert die Fraktion DIE LINKE auch alle Kreistagsmitglieder auf, sich bei Bundestagsabgeordneten ihrer jeweiligen Parteien und beim Verteidigungsministerium im Interesse der Menschen im Kreis Birkenfeld für eine deutliche Reduzierung der Flugtage und auch der Flüge insgesamt einzusetzen, um im Idealfall eine andere Nutzungsstruktur für den Truppenübungsplatz Baumholder zu erreichen.

Für die im Antrag enthaltene „Resolution des Kreistages Birkenfeld zum Fluglärm über dem Kreisgebiet“ dienten ähnlich lautende und einstimmig, bzw. mit großer Mehrheit beschlossene Resolutionen der vom Fluglärm betroffenen Kreistage St. Wendel und Merzig-Wadern als Grundlage.

Falls gewünscht, können die verschiedenen Antragsteile einzeln abgestimmt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Tanja Krauth

Fraktionssprecherin DIE LINKE